Abendausgabe

Nr. 492 ♦ 42. Jahrgang

Ausgabe B Nr. 244

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend
17. Oktober 1925

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297

Der Inhalt des Westpaktes.

Die Räumung der Kölner Zone.

Paris, 17. Oktober. (TU.) Der „Matin" glaubt in der Lage zu sein, eine genaue Inhaltsangabe des Rheinpaktes veröffentlichen zu können. Danach umfaßt der Pakt zehn Artikel und begründet zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland einen Zustand dauernden Friedens. Er stelle die endgültige Abschaffung eines jeden Krieges fest, ausgenommen die Fälle, in denen Frankreich das Recht zum Einmarsch in die neutralisierte Zone habe, um sich entweder auf Grund der Versailler Artikel 42 oder 44 zu verteidigen, oder seinen Alliierten im Osten auf Grund der Artikel 15 und 16 des Völkerbundspaktes zu Hilfe zu kommen. Diese Ausnahmen seien im § 2 erwähnt. Weiter werde ausführlich das Verfahren angegeben, das zur Verhütung von Feindseligkeiten durch den Völkerbund eingeschlagen werden müsse. Die folgenden Paragraphen bezögen sich auf die Garantie Englands und Italiens, die Frankreich im Falle eines Angriffs automatisch zu Hilfe kämen, wenn der Völkerbund feststelle, daß durch Truppenzusammenziehungen oder andere Manöver innerhalb der neutralisierten Zone eine Kriegsgefahr bestehe. Die weiteren Artikel besagten, daß

der Vertragszustand bis zu dem Tage in Kraft bleiben werde, an dem der Völkerbund feststelle, daß ihn die Sicherungsbedingungen in Europa überflüssig machten, d. h. bis zur Verwirklichung des Genfer Protokolls.

England gebe seine Garantie unbeschadet der Garantie der Dominien, die sie entweder geben oder versagen könnten. Zum Schluß heiße es, daß der Vertrag mit dreimonatiger Kündigung abgeschlossen werde und erst nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in Kraft trete.

Die vier Schiedsgerichtsverträge seien identisch. In der Einleitung der Verträge Polens und der Tschechoslowakei mit Deutschland werde jedoch gesagt, daß sämtliche Konflikte dem Schiedsspruch unterbreitet würden und daß die Signatormächte darauf verzichteten, zur Verteidigung ihrer vertraglichen Rechte zur Gewalt ihre Zuflucht zu nehmen. Die Abmachungen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei und Frankreich und Polen seien dazu bestimmt, die neuen Verträge mit den Bündnissen in Einklang zu bringen. Die Erklärung über Artikel 16 und die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund enthalte wörtlich den Text des Berichts, den Benesch im vergangenen Jahr darüber erstattet habe und in dem es heiße, daß die Länder die Verpflichtung des Artikels 16 erfüllen müßten, daß aber bei ihrer Heranziehung zu einer Beistandsleistung auf ihre besondere geographische und militärische Lage Rücksicht genommen werden solle. Das Protokoll gipfele auch in einem Hinweis auf die moralische Tragweite dieser Verträge für den Frieden Europas und die ständigen Beziehungen zwischen den Völkern.

Locarno und Köln.

Locarno, 17. Oktober. (Schweizerische Depeschen-Agentur.) Ein Teil der Freitag-Unterhaltung zwischen Dr. Stresemann und Briand war den sogenannten Rückwirkungen der Konferenz von Locarno gewidmet, d. h. den Forderungen Deutschlands hinsichtlich der Räumung Kölns usw. Vollkommenes Einvernehmen wurde auch über diese Fragen erzielt. Es wird versichert, daß im Laufe der nächsten Wochen die alliierten Regierungen beispielsweise Vorkehrungen militärischer und verwaltungstechnischer Art in den Rheinlanden treffen werden, die zeigen werden, daß es sich bei den getroffenen Regelungen um wirkliche Verpflichtungen handelt. Andererseits müssen die verschiedenen Staatsmänner vor ihrem Parlament einander entsprechende Erklärungen über die erwähnten Vorkehrungen abgeben. Dies wird zuerst in Frankreich geschehen, wo das Parlament nach dem 20. Oktober zusammentritt.

Paris, 17. Oktober. (WTB.) Havas bestätigt, daß Chamberlain bei seiner Durchreise durch Paris wahrscheinlich mit dem Ministerpräsidenten Painlevé eine Besprechung haben werde.

Obwohl man in Locarno, so heißt es in der Havasmeldung, betreffs der Kölner Zone noch keine Verpflichtungen eingegangen sei, habe sich die französische Regierung doch bereits im Verlaufe einer Besprechung im Kriegsministerium mit der künftigen Umgruppierung der Truppen und den Gebieten der französischen Zone beschäftigt, die eventuell, falls die englischen Truppen ihre Zone verlassen, diesen abgetreten werden können. Der englische Kriegsminister, so erklärt man, soll Chamberlain gebeten haben, den französischen Ministerpräsidenten zu fragen, welches der Standpunkt der französischen Regierung in dieser Hinsicht sei, um später eine Verständigung zwischen dem französischen und dem englischen Generalstab herstellen zu können.

Nach dem „Echo de Paris" wird an der Unterredung, die Chamberlain am kommenden Montag mit Painlevé in Paris haben soll, Marschall Foch und sein Generalstabschef Destiker, oder im Falle der Behinderung des ersteren, der Chef des Generalstabes, General Debeney teilnehmen. Nach dem „Journal" handelt es sich bei der Konferenz darum, die Frage zu erörtern, in welchem Teil der Rheinlande nach Aufhebung der Besetzung der Kölner Zone die englischen Soldaten untergebracht werden sollen.

Die Rede Dr. Stresemanns

über die wir in der Morgenausgabe kurz berichteten, hat nach einer ausführlicheren Meldung so gelautet:

In dem Augenblick, in dem die Paraphierung der hier getätigten Verträge erfolgt ist, wollen Sie mir im Namen des Herrn Reichskanzlers und für mich gestatten, einige Worte zu Ihnen zu sprechen. Die deutschen Delegierten haben dem Text des Schlußprotokolls mit seinen sechs Anlagen zugestimmt und haben das durch die Paraphierung zum Ausdruck gebracht. Aufrichtig und freudig begrüßen wir die große Entwicklung des europäischen Friedensgedankens, die von dieser Zusammenkunft in Locarno ihren Ausgang nimmt und als der Vertrag von Locarno einen wichtigen Markstein in der Geschichte der Weiterentwicklung der Staaten und Völker zu einander ausmachen soll. Wir begrüßen insbesondere die in dem Schlußprotokoll der Konferenz niedergelegte Anschauung der festen Ueberzeugung von jener Entspannung in den Beziehungen der Völker und jener Erleichterungen der Lösung so vieler politischer und ökonomischer Fragen. Wir haben die Verantwortung für die Paraphierung der Verträge übernommen, weil wir des Glaubens sind, daß nur auf dem Wege friedlichen Nebeneinanderlebens jene Entwicklung der Staaten und Völker gesichert werden kann, die für keinen Erdteil so wichtig ist, wie für das große europäische Kulturland, dessen Völker so unendlich durch die Jahre, die hinter uns liegen, gelitten haben. Wir haben sie insbesondere übernommen, weil wir zu dem Vertrauen berechtigt sind, daß politische Auswirkungen der geschlossenen Verträge insbesondere auch dem deutschen Volke in der Form der Erleichterung seiner Bedingungen des politischen Lebens zugute kommen werden. So wichtig die Abmachungen sind, die hier ihre Fassung erhalten haben, so werden die Verträge von Locarno doch nur dann ihre tiefe Bedeutung in der Entwicklung der Nationen behalten, wenn Locarno nicht das Ende, sondern der Anfang einer Periode vertrauensvollen Zusammenlebens der Nationen sein wird. Daß diese Möglichkeiten, daß die auf das Werk gesetzten Hoffnungen sich auswirken werden, ist der aufrichtige Wunsch, dem die deutschen Delegierten in dieser bedeutungsvollen Stunde Ausdruck geben möchten.

Wie der Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union erfährt, hat der polnische Außenminister Skrzynski die Schlußsitzung der Konferenz verlassen, ohne sich zu verabschieden.

Der Auswärtige Ausschuß einberufen.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages wird am Donnerstag, den 22. Oktober, vormittags 10 Uhr, zusammentreten. Auf der Tagesordnung steht die Aussprache über die Ergebnisse auf der Konferenz in Locarno.

Bombenattentat in Memel.

Eine Tat litauischer Nationalisten.

Memel, 17. Oktober. (WTB.) **Das „Memeler Dampfboot" gibt durch Extrablatt bekannt: Heute morgen gegen 2 Uhr 30 ist auf das „Memeler Dampfboot" ein Bombenanschlag verübt worden, der ungeheure Verwüstungen anrichtete. Eingang und Schalterraum sind vollständig zertrümmert. Den Fußboden beider Räume bedeckt ein einziges Glassplitterfeld. Das am Eingang befindliche Eisengitter ist auseinandergerissen und vollständig verbogen. Fast sämtliche Türen wurden glatt aus der Füllung herausgerissen. Decken und Wände sind zertrümmert und durchlöchert. Auch die gegenüberliegende litauische Buchhandlung Rytas ist beschädigt worden. Die Bewohner der Nachbarschaft wurden durch die Detonation, die sich wie die Explosion einer Mine anhörte, aufgeschreckt. Es wurden sofort Untersuchungen angestellt, die bisher jedoch noch von keinem Erfolge gekrönt waren. Gefunden wurde eine Schnur, die in doppelter Länge ausgelegt war und an deren Ende sich die Kapsel eines Entzünders befindet. Das „Memeler Dampfboot" gibt der Vermutung Ausdruck, daß es sich um einen organisierten Anschlag handelt, durch den man den Betrieb des „Memeler Dampfboots" stillegen wollte, oder um für die am Montag stattfindenden Wahlen einen Anlaß zu haben, den Belagerungszustand zu verhängen und auf diese Weise die Wahl unmöglich zu machen. Im übrigen wurden gestern spät abends auch auf dem Hofe der „Volksstimme"-Druckerei (sozialdemokratisch) einige verdächtige Elemente bemerkt, die dreimal vom Hofe verwiesen wurden.**

Gegen Mittag erhalten wir folgenden Drahtbericht unseres Memeler Korrespondenten: Nationalistische litauische Fanatiker verübten in der letzten Nacht ein Bombenattentat auf die deutsche Zeitung „Memeler Dampfboot". Bereits am Nachmittag und am Abend wurde eine verdächtige Person auf dem Hofe der sozialdemokratischen „Memeler Volksstimme" gesehen. Da aber dies Unternehmen vollständig von Häusern eingeschlossen ist und von der Straße nicht an die Betriebs- und Geschäftsräume heranzukommen ist, müssen die Attentäter darauf verzichtet haben, unsere Zeitung in die Luft zu sprengen. Das neben dem „Dampfboot"-Haus liegende Buchhandlungsunternehmen der großlitauisch-nationalistischen „Memelzeitung" bekam ebenfalls etwas von der Explosion ab. Es wurden verschiedene Fensterscheiben, sowie die Schaufensterscheibe der Ladentür zerstört.

Am Donnerstag hatte im hiesigen Schützenhaus eine Versammlung der sogenannten „Autonomie-Bünde" stattgefunden — einer verkappten nationalistisch-litauischen Vereinigung, die jetzt versucht, mit Hilfe der Memelländer in den Memellandtag hineinzukommen. Diese Versammlung wurde von der Mehrheit der Bevölkerung ausgepfiffen. Das scheint die Wut der großlitauischen Nationalisten derart angefacht zu haben, daß sie sich zu diesem Attentat haben hinreißen lassen. Es ist damit zu rechnen, daß die Parteien, die für die Autonomie zusammengeschlossen sind, und zwar die Sozialdemokraten, memelländische Volkspartei und memelländische Landwirtschaftspartei infolge dieses Attentats restlos im Wahlkampf am Montag siegen werden.

Mitgeschleift!

Die Deutschnationalen und das Ergebnis von Locarno.

Die Arbeit der Delegierten in Locarno ist abgeschlossen. Nun haben die Parlamente in den beteiligten Ländern das Wort. Noch im Laufe der nächsten Woche wird voraussichtlich der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Reichstages zusammentreten und die Verträge und Konventionen sowie den Sicherheitspakt von Locarno vorberaten. Die Abkommen sind paraphiert. Es gibt keine Möglichkeit mehr, sie zu ändern. Die Parteien stehen vor der Frage, ob sie dem geschlossenen Abkommen zustimmen oder ablehnen wollen.

Die Deutschnationalen, die die stärkste Regierungspartei im deutschen Parlament bilden, stehen damit vor einer unausweichlichen Entscheidung. Jetzt helfen keine Vorbehalte und kein Ausweichen mehr, und kein Brief des Ministers Schiele kann sie vor der Tatsache mehr retten, daß sie nun klar und eindeutig ja oder nein sagen müssen. Die Entscheidung wird ihnen um so schwerer fallen, als sie bis in die letzten Minuten auf ein Scheitern der Konferenz von Locarno gerechnet haben. Noch gestern morgen hat die deutschnationale Presse den Versuch gemacht, ihren Lesern vorzureden, es sei alles noch in weiter Ferne. Nun kommt der Augenblick der Entscheidung für sie heran.

Das Vertragswerk von Locarno bedeutet den Sieg eines Prinzips, das ihren politischen Prinzipien entgegengesetzt ist. Nicht aus freiem Willen in zielbewußtem Handeln haben sie als verantwortliche Regierungspartei die Mitverantwortung für die Politik übernommen, die vom Februar-Memorandum zum Vertragswerk von Locarno geführt hat. Sie sind nicht mitgegangen, sondern mitgeschleift worden.

Durch die deutschnationale Presse geht heute morgen ein einziges großes Unbehagen. Sie ist desorientiert. Man kann, auch wenn man den Sieg des Prinzips der friedlichen Zusammenarbeit der europäischen Länder begrüßt, den Einzelheiten des Abschlusses von Locarno mit kühl abwägender Reserve gegenüberstehen und kann ermessen, wieviel noch für die wahre Befriedung Europas zu tun übrig bleibt. Aber das ist nicht die Haltung der deutschnationalen Presse. Sie ist überrascht, verwirrt, enttäuscht, unbefriedigt, sie findet alles völlig ungenügend und steht allem mit Skepsis und Mißtrauen gegenüber. Sie läßt an dem, was der Reichskanzler und der Reichsaußenminister in Locarno unterzeichnet haben, nicht einen guten Faden.

Die „Deutsche Tageszeitung" ist schmerzlich enttäuscht:

„Die Nachrichten über den Abschluß der Verhandlungen in Locarno werden im deutschen Volke ganz überwiegend weit weniger Befriedigung als vielmehr schmerzliche Enttäuschung hervorrufen. In Wirklichkeit ist das Programm dieser Vorkonferenz, wenigstens vom deutschen Standpunkt aus, nicht durchgeführt, vielmehr ist die Konferenz dort abgebrochen worden, wo sie mit der Erzielung derjenigen positiven Ergebnisse beginnen sollte, in denen wesentlich der Gegenwert für deutsche Zugeständnisse außerordentlichster Art liegen konnte. Vom deutschen Standpunkt kann es deshalb keinen „Vertrag", sondern nur einen Torso von Locarno geben."

Sie spricht von schmerzlichem Bedauern über die Tatsache, daß die östlichen Schiedsverträge fertiggestellt worden sind, während für eine weitere Behandlung der Rückwirkungen keine Zeit mehr geblieben sei. Sie findet die Vereinbarung zu Artikel 16 unbefriedigend, die Behandlung der Rückwirkungen völlig ungenügend und schließlich die Paraphierung der Abkommen unzweckmäßig und bedenklich.

Die „Kreuz-Zeitung" urteilt über das Vertragswerk von Locarno in derselben Weise:

„Weit schneller als man erwarten konnte, ist die Konferenz von Locarno zu Ende gegangen. Noch am Freitag vormittag schienen die Gegensätze in der Frage der Ostverträge und der Frage der Rückwirkungen, die der Pakt für Deutschland unbedingt bringen muß, fast unüberbrückbar. Um so überraschender ist die Nachricht von dem Abschluß der Verhandlungen und der Paraphierung der Verträge. Ein abschließendes Urteil über das, was vorläufig beschlossen ist — immer wieder muß hier betont werden, daß in Locarno bindende Abmachungen nicht getroffen werden konnten —, wird sich erst fällen lassen, wenn die Vertragsentwürfe im Wortlaut vorliegen; sie sollen am Dienstag veröffentlicht werden, und bis dahin wird man sich gedulden müssen. Aber nach den Darstellungen des halbamtlichen Wolffschen Bureaus über das, was erreicht bzw. nicht erreicht worden ist, haben wir allen Grund, dem „Vertrag von Locarno" mit Skepsis und Mißtrauen gegenüberzustehen."

„Faßt man das Ergebnis der Konferenz, soweit es sich aus den bisher vorliegenden Nachrichten übersehen läßt, zusammen, so wird man jedenfalls sagen können, daß auch nicht der geringste Anlaß zu einer optimistischen Beurteilung des vorläufigen Vertragswerkes gegeben ist. Im Gegenteil, wir hegen gegenüber dem, was in Locarno beschlossen ist, nach wie vor die schwersten Bedenken."

Die „Kreuz-Zeitung" erhebt außerdem gegen die deutsche Delegation den Eventualvorwurf einer schweren Unterlassungssünde in der Kriegsschuldfrage:

„Ueber einen Punkt schweigen sich alle Berichte völlig aus, und zwar über die Frage des Widerrufs der Kriegsschuldlüge. Sollte die deutsche Abordnung die Kriegsschuldfrage nicht zur Sprache gebracht haben, so hätte sie sich, gelinde ausgedrückt, einer schweren Unterlassungssünde schuldig gemacht.

Es ist nicht nötig, hier unseren Standpunkt nochmals ausführlich darzulegen. Der Widerruf der Kriegsschuldlüge ist für uns eine Kardinalfrage mit allen ihren daraus sich ergebenden Konsequenzen für die in Locarno getroffenen Vereinbarungen."

Alles in allem: die deutschnationale Presse hatte auf das Scheitern der Verhandlungen gehofft. Sie hat in diesem Sinne die Nachrichten aus Locarno gefärbt. Dies Gebäude der falschen Information ist zusammengebrochen. Materiell steht sie dem Ergebnis von Locarno mit dem größten Mißbehagen, ja feindselig gegenüber. Gegen die deutschen Verhandlungsführer bringt die Presse der stärksten Regierungspartei Mißtrauen und Befremden zum Ausdruck. Sie ist unzufrieden, daß die Verhandlungsführer die Verträge von Locarno paraphiert haben.

Aber wird das Mißvergnügen der in ihren geheimen Hoffnungen enttäuschten deutschnationalen Presse parlamentarische Konsequenzen haben? Werden die Deutschnationalen es wagen, im Reichstag die Ratifizierung des Vertragswerkes von Locarno zu verweigern? Die deutschnationale Presse spielt mit dem Gedanken. Die „Deutsche Tageszeitung" deutet ihn an:

„Ein letztes Wort über den Torso von Locarno wird man erst sprechen können, wenn die Verhandlungsergebnisse im vollen Wortlaut vorliegen. Dann wird man auch erst die Schwierigkeiten voll übersehen können, auf welche die Abmachungen von Locarno bei den verfassungsmäßig entscheidenden Faktoren in Deutschland stoßen werden. Schon heute aber muß gesagt werden, daß die Behandlung, welche die deutschen Gegenforderungen in Locarno gefunden haben, diese Schwierigkeiten ganz außerordentlich vermehren muß."

Die „Kreuz-Zeitung" bringt ihn noch weit schärfer zum Ausdruck:

„Aber noch ist ja das letzte Wort nicht gesprochen. Ein Vertragswerk, das nicht den Lebensinteressen der Nation entspricht und Deutschland keine entsprechenden Aequivalente bietet für das schwere Opfer, das wir mit dem Westpakt bringen, wird, soviel steht fest, in keinem Falle die Zustimmung der deutschnationalen Volkspartei finden.

Wir kennen den Wert solcher deutschnationaler Preßdeklamationen. Wenn die Deutschnationalen die Ratifizierung des Vertragswerks von Locarno verweigern wollen — nun gut, so werden sie eine Abrechnung herbeiführen, deren Ergebnis ihnen nicht erfreulich sein wird. Aber wir glauben nicht daran, daß die Deutschnationalen ablehnen werden. Wir kennen das Spiel und wir kennen die Akteure aus der Zeit vor der Annahme der Dawes-Verträge. Sie werden — als stärkste Regierungspartei sich ein wenig radikal-oppositionell gebärden. Sie werden tönende Phrasen schreiben und sprechen. Herr Hergt kann noch einmal verkünden: Hier stehe ich, ich kann nicht anders, und dann werden sie im entscheidenden Moment die rote Neinkarte in die linke Hosentasche stecken und aus der rechten die weiße Jakarte herausziehen. Sie werden den Nie-wieder-Krieg-Vertrag, den endgültigen Verzicht auf Elsaß-Lothringen, die Wiederholung der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles ebenso annehmen, wie sie vor einem Jahre die Dawes-Verträge angenommen haben.

Sie werden mit ihrem demagogisch-radikal-oppositionellen Geschrei vor der Annahme nur eines manifestieren: daß sie als stärkste Regierungspartei keine wollende, zielbewußt handelnde und vorwärtsführende Kraft sind, sondern daß sie hinten am Wagen der Weltgeschichte angebunden sind und mitgeschleift werden zu den Zielen, die die Deutsche Sozialdemokratie der deutschen Außenpolitik gewiesen hat, und zu denen die Entwicklung zwangsläufig führt, weil das gemeinsame Interesse der europäischen Völker sie gebieterisch fordert.

Der Endkampf beginnt.

Das Sprichwort „Lächerlichkeit tötet" hat sich an den Deutschnationalen bisher als unrichtig erwiesen. Wäre es richtig, so müßten sie schon zehnmal tot sein. Im Vertrauen darauf, daß selbst ein Uebermaß von Lächerlichkeit sie nicht ganz tot machen werde, fangen sie an, die lächerliche und erbärmliche Komödie, die sie vor der Annahme der Dawes-Komödie gespielt haben, noch einmal von vorne aufzuziehen. In der „Pommerschen Tagespost" — auch einem deutschnationalen Regierungsorgan, liest man die folgenden lieblichen Tiraden:

„Selbstverständlich ist mit der Annahme des Paktentwurfs nur ein erster Akt der ganzen Paktkomödie erledigt."

„Was auch schließlich von der deutschen Delegation an Pakt- und anderen Vertragsentwürfen nach Hause gebracht werden wird — es unterliegt erst der Nachprüfung und Beurteilung durch das Gesamtkabinett, durch die Parteien, den Reichstag und nicht zuletzt durch den Herrn Reichspräsidenten. Man könnte infolgedessen beruhigter sein, wenn eben nicht die schlimmsten Feinde des deutschen Volkes in Deutschland selbst hausten. Daß unsere Linkser und Pazifisten alle Minen springen lassen werden, um die Vertragsentwürfe, so wie sie sind, durchzupressen, ist sicher. Um so nachdrücklicher gilt es für die vaterländischen Elemente, sich für diesen Endkampf, der nicht in Locarno, sondern an der Spree ausgefochten wird, zu rüsten. Wir müssen damit rechnen, daß nun erst der rechte Hexensabbath in der Erfüllungspresse lostobt, wie wir ihn zu unserem Leidwesen und zur bitteren Not des Vaterlandes schon oft und oft im letzten kritischen Stadium erlebten, daß das deutsche Volk auch diesmal überrumpelt werden soll. Da gilt es, die Ohren steif, den Nacken gerade halten und sich durch nichts, aber auch gar nichts von der kühlen, sachlichen Wägung der Locarnoer Konzepte abhalten zu lassen. Taten wollen wir sehen von den Gegnern — nicht uns abermals durch leere Versprechungen betören lassen, die keinen Schuß Pulver wert sind. Wir setzen das feste Vertrauen vor allem in die deutschnationale Fraktion und Partei, daß sie von ihrem wiederholt dargetanen Standpunkt nicht eine Haaresbreite preisgibt. Mag werden, was da will!"

Die Presse der stärksten Regierungspartei könnte sich wenigstens um ein anderes Phrasenklischee bemühen. Denn immerhin werden es nicht die Linkser und Pazifisten sein, die sich bemühen werden, die paraphierten Verträge, so wie sie sind, durchzudrücken, sondern der Reichskanzler und der Reichsaußenminister, und wir nehmen doch an, daß die Herren Schiele, Kanitz, v. Schlieben und Neuhaus ihnen dabei sekundieren werden. Der „Hexensabbath der Erfüllungspolitik" wird also nicht in der Linkspresse, sondern auf der Regierungstribüne losgehen. Da hilft kein Ohrensteifhalten, und die Deutschnationalen werden schließlich selbst den „Hexensabbath der Erfüllungspolitik" mitbetreiben, wobei immer noch fraglich bleibt, ob eine Regierung der Erfüllungspolitik der vergangenen Jahre in der Erfüllungspolitik so weit gegangen wäre wie die Regierung, der die Deutschnationalen als stärkste Regierungspartei angehören.

Ketzergericht.

Reinhold Schönlank wird aus der KPD. hinausgeworfen.

Die volle Meinungsfreiheit in der Kommunistischen Partei bewährt sich wieder einmal glänzend. Reinhold Schönlanks Artikel über die Politik der KPD., den wir gestern hier besprachen, wird prompt von der „Roten Fahne" mit einer offiziellen Erklärung des Polsekretariats (für Uneingeweihte: Politisches Sekretariat) beantwortet, aus der man nur das eine entnehmen kann, daß Schönlank aus der KPD. ausgeschlossen werden soll. Zur besonderen Verstärkung bei dieser Haupt- und Staatsaktion erscheint der rechte Flügelmann der KPD., Ernst Meyer, der Schönlank endgültig „entlarvt". Nach ihm ist Schönlank „nichts anderes als ein Agent der SPD.", „ein einzelner und verspäteter Nachfahr Paul Levis". Das Verbrechen Schönlanks besteht darin, daß er nicht für alle Ewigkeit die unbedingte Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der kommunistischen Sondergruppe verteidigt. Schönlank ist ehrlich für die Einheitsfront, und für solche Leute ist in der KPD. kein Platz. Also hinaus mit ihm! Wieder ein Liquidator weniger, Mann über Bord, neugestärkt marschiert die gereinigte KPD. ihren neuen Zielen entgegen. Ernst Meyer hofft, daß durch Schönlanks Artikel kommunistische Arbeiter nicht verwirrt werden. Das kann sein, sozialdemokratische Arbeiter werden aber die Bedeutung der Fußtritte für Reinhold Schönlank richtig zu deuten wissen. Sie zeigen, was von dem kommunistischen Einheitsparolengeschwätz zu halten ist. Wir können der KPD. nur wünschen, daß sie so weiter macht. Wir sind mit ihrer Entwicklung zufrieden.

Roßbach, Feme und Rechtsprechung.

Justizdebatte im Mecklenburger Landtag.

Der mecklenburgische Landtag hat in dieser Woche mit einer Interpellation der Sozialdemokratie über die Stellung der Regierung zu den Fememorden und den Mordorganisationen seine Arbeiten wieder aufgenommen. Dem Justizminister Dr. Stammer wurde das skandalöse Verhalten des Staatsanwalts von Grevesmühlen sowie die Absicht, die Fememörder von Schwerin zu begnadigen, zum Vorwurf gemacht. Dr. Stammer setzte sich über die eigentlichen Kernfragen des Feme- und Justizskandals gewandt hinweg und bestritt, daß er jemals die Absicht geäußert hätte, die vier im Zuchthaus von Dreibergen festgesetzten Fememörder zu begnadigen. Ministerpräsident v. Brandenstein entrüstete sich darüber, daß die Linkspresse in Mecklenburg und im Reich seine Beziehungen zu den Roßbach-Organisationen ans Tageslicht gezogen habe. Auch die Amnestievorlage der mecklenburgischen Regierung ist ein finsteres Kapitel auf dem Gebiet der deutschen Justiz. Sie gibt einzelnen in mecklenburgischen Strafanstalten festgehaltenen Kapp-Putschisten die Freiheit, die Masse der in den Jahren 1920/23 in der Abwehr gegen das Kapp-Regime und in der Zeit der tiefsten Nöte der Inflation formaljuristisch strafbar gewordenen Arbeiter bleibt nach wie vor im Gefängnis.

Ganz anders hat die deutsche Rechtsprechung das Schicksal eines der skrupellosesten Rechtsputschisten, des Oberleutnants a. D. Roßbach, zu gestalten gewußt. Sein Verfahren wegen Geheimbündelei, das sich seit Februar 1923 hinzieht, weil er in Verbindung mit Hitler die in Preußen verbotene sogen. „Großdeutsche Arbeiterpartei" organisiert hatte, ist nunmehr auf Antrag des Oberreichsanwalts vom Landgericht II in Berlin eingestellt worden. Roßbach ist eine der ältesten „Heldengestalten" der völkischen Jugend, der sich seit seiner Strafverfolgung wegen Fahnenflucht und Ueberlaufens zu den Baltikumtruppen und seit Erlaß des Steckbriefes wegen Hochverrats und Geheimbündelei eine Art völkischen Glorienschein verschafft hat. Er saß einige Monate in Leipzig in Untersuchungshaft und wurde am 13. Oktober 1923 gerade noch so frühzeitig entlassen, daß er den Hitler-Putsch in München mitmachen und die Infanterieschule des Reichswehrministers Geßler auf die Seite der völkischen Revolutionäre herüberziehen konnte. Der Wehrkreiskommandeur in Sachsen, General Müller, hatte am 14. Oktober 1923 einen Schutzhaftbefehl gegen den völkischen Bandenführer erlassen, der (ein Meisterstück der deutschen Justiz) am Tage zuvor vom Oberreichsanwalt entlassen worden war. Selbstverständlich wurde der Haftbefehl des Wehrkreiskommandeurs nicht ausgeführt. Sein Standquartier war seitdem in Oberösterreich, von wo aus er seit Monaten durch Propagandareisen für seine Sache tätig war.

Das tschechoslowakische Parlament ist aufgelöst, die Neuwahl noch nicht ausgeschrieben. In der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses hatten mehrere Redner u. a. auch die horthy-ungarische Schandwirtschaft gegeißelt. Deshalb protestierte die Regierung Bethlen in Prag. Mussolinis „Aktion" gegen die Rede unseres Genossen Dr. Ellenbogen und der Kotau Matajas hat den Budapestern Mut gemacht. Sie werden eine schöne Abfuhr erleben.

„Lysistrata" bei den Russen.

Wladimir Nemirowitsch-Dantschenko ist der Schöpfer dieser musikalischen Bühne des Moskauer Theaters. Sinn und Absicht des Mitarbeiters von Stanislawski ist zu ergründen, wo über den allbekannten Sinn der griechischen „Lysistrata" nicht mehr viel zu reden bleibt. Es ist ein köstlich-komischer Hymnus auf die Liebe, die mächtiger ist, als selbst die Kriegsfurie, ein ironisch-heiteres Lachen gegen die Scheinkraft bramarbasierenden Heldentums, ein Hymnus auf die Lust, die Entsagungsfreude, die frohe erotische Urkraft des Weibes, des Menschen schlechthin. Man versteht jedes Wort dieser Russen, ohne den Wortinhalt zu begreifen. Dennoch geschieht das Wunder: wir sind über jede Regung, jeden Disput, jedes Lachen und Greinen orientiert, durch eine bis ins Letzte verfeinerte Gebärdensprache, durch einen Zusammenklang von Stimmen, die alle etwas zu sagen haben, weil sie Ausdruck, Betonung, Musik sind. Pathetisches und Liebliches, Grollendes und Kicherndes, Anschwellendes und Versandendes eint sich, trennt sich, mischt sich zu Akkorden, zu Soli, zum Ensemble. Auf einer in Einfalt wirkungsvollen Bühne mit Säulen und Rundtreppen aus hellem, weißem Holz, gegen einen dunkelblauen hellenischen Himmelshintergrund stehen die Akteure, steigen treppauf, treppab, fliehen, stürmen, rasen. Auch die Ruhe ist noch zarteste Bewegung der Leiber. Ein Chor von heldischen Frauen, von trottelhaft ausgeputzter sogenannten Männern scheint zu lärmen; aber es ist Ordnung in diesem Lärm. Alle sprechen mit allen, aber der Wesentliche hat im Klang der Stimme, im Schwung der Sprache, in der Auffälligkeit der Bewegung das Vorrecht. Herrlichste Dressur, die nicht mehr fühlbar wird. Das Geheimnis: diese Schauspieler sind Musiker. Auch wenn sie nicht zu den phrygischen Weisen Glières ab und zu helle, tonsichere, saubere Stimmen hören ließen, die sich der Dynamik und Stimmung des Gesanges wundersam anpaßten, merkte man ihr inneres Verhältnis zu dem latenten Rhythmus des Stücks. Das tiefste und aktuellste für die Zukunft einer ganzen Kunstgattung entscheidende Problem ist hier der Lösung nähergebracht: die Oper aus dem Geist des Schauspielers heraus zu schaffen. Ein Ensemble von unheimlicher Präzision. Jeder kennt das Stichwort von jedem, in fliegendem Atem greift einer die Bewegung und das Wort und den Klang des anderen auf, das Timbre der Einzelstimmen scheint akkordlich zu einander zu passen. So wird die Lysistrata zu Musik gemacht, in Musik aufgelöst, auch wenn kein Orchester hörbar ist. Die einzelnen Schauspieler sind selber die Instrumente, und was sie geben, ist musikantisches Schauspiel. Ein Labsal ohnegleichen, diese Groteske mitzuerleben, mit zu lachen. Wenn die Orgie der Volkswut sich selbst übersteigert, dann setzt auch Musik als Gebet ein, dann lösen sich von Gruppen, die plötzlich Treppe und erhöhten Plafond plastisch füllen, die Hände empor, dann treibt die Freude am Spiel und am Musizieren diese Einheit von vielen an die Rampe, auf das Publikum zu, fast ins Parkett hinein. Das Allmenschliche, uns alle Angehende, ist verdeutlicht in dieser Apostrophierung des Publikums. Einheitlicher Geist des Jubelns, Lachens, Drohens: ein Gesamtkunstwerk ist im Entstehen.

Lysistrata ist die Baklanowa. Sie führt die Weiber mit heller, modulationsfähiger Stimme, mit feuriger Leidenschaft. Keiner der anderen steht nur neben ihr, sondern alle mit ihr auf gleicher künstlerischer Höhe. Kurt Singer.

Thomas-Mann-Abend der Volksbühne. Der fast bis unters Dach gefüllte Festsaal in der Hochschule für Musik, dieses andächtige Lauschen von mehr als 1000 Kunstgläubigen, diese besonders werte Ausdauer der armen Sitzplatzlosen, die Begeisterung am Ende des Abends, die den Dichter immer wieder zwang, sich dem umdrängenden Gewühl der Autogrammsüchtigen zu entziehen, um sich den Leuten zu zeigen und ihren Dank zu quittieren — das alles war mehr als ein schöner Eindruck, es war vielmehr ein Beweis auch dafür, daß Thomas Mann wirklich einer der Beliebtesten heute ist. Thomas Manns Wahl war auf die nicht mehr ganz unbekannte wunderzarte Novelle „Unordnung und frühes Leid" gefallen. Der Dichter las frischer, nuancenreicher und eindrucksvoller als vor fast einem Jahre im Blüthner-Saal den „Zauberberg". Freilich war das Objekt diesmal selten dankbar: eine unserem Herzen schnell nahe Kindertragödie ohne große tragische Geste. Alltag, Großstadt, taktvoll nur im Hintergrund, zeitbedrückte Menschen eines sich geistig und äußerlich langsam zerreibenden Mittelstandes als unmittelbar beteiligte Mitspieler, über allem eine zwischen Wehmut und Heiterkeit schwingende Stimmung, eine Novelle zwischen Sommer und Herbst. Vielleicht ist Thomas Mann der letzte der Romantiker, der geringste ist er sicher nicht. Und vielleicht ist diese kleine Novelle sogar ein deutlicherer Beweis seiner Größe als der „Zauberberg". Es ist natürlich keine einfache Sache, Novelle und Roman gegeneinander zu wägen, aber das Kleinere scheint in seiner Unmittelbarkeit, seiner Ungewolltheit, seiner Einfachheit das Größere zu sein; der Roman ist philosophiedurchsetzt; die Novelle lebensdurchsetzt; der Roman ist stets 1913, die Novelle ist stets 1924. Und das Heute ist uns näher als das Gestern, das Leben näher als die Philosophie, die menschliche Handlung näher als die Umschreibung der Menschlichkeit, die Realität näher als die Träumerei. Der Volksbühne sind wir für den Abend sehr dankbar. ergo.

Erstes Konzert der Gesellschaft der Musikfreunde. Die Werke Gustav Mahlers stehen an dem kritischen Punkte, da sich's nun erweisen muß, ob sie Dauerwerte enthalten und unserer weiteren Entwicklung gleichgeartet sind, oder ob diejenigen recht behalten sollen, welche im Gegenteil behaupten, daß wir in 20 Jahren Mahler so beurteilen, wie heute eine verschollene Größe wie etwa Joachim Raff. Die Hochflut der Aufführungen Mahlerscher Sinfonien ist gefallen. Fragen der neuesten Musik, der Entwicklung über ihn hinaus, der er einer der direkten Stammväter letzten Werdens ist, aber auch wieder die verstärkte Kultur allen Gutes sind in den Mittelpunkt unseres Musiklebens getreten. Deshalb ist es um so verdienstvoller, daß die Gesellschaft der Musikfreunde ein Werk Mahlers, die IX. Sinfonie, darbietet und zu erneuter Stellungnahme einer der Mahlerschen Tonschöpfungen gegenüber zwingt, über die das Urteil noch nicht und wohl auf länger hinaus nicht feststeht. Mag man manches des von diesem letzten großen Wiener Geschaffenen heute bereits als überwunden ansehen, Heinz Unger hat uns erneut bewußt werden lassen, wie aktuell Werke wie die späteren (Rückert) Lieder, die IX. Sinfonie sind. Die Stärke der Ungerschen Ausdeutung lag weniger in den beiden gewaltigen Außensätzen, als vielmehr bei den beiden inneren Stücken, dem Ländler, dessen Derbheit und täppisches Gehabe er unterstrich, der Rondo-Burleske, deren kolossalen maschinellen Schwung er faßte. Das Schluß-Adagio hätte wohl noch ein weiteres Maß an Ruhe und Verklärung vertragen. Hier hat sich Mahler, der Kämpferische, in der ergreifenden Größe seines inneren Friedens gefunden. Maria von Basilides sang drei Lieder mit der ganzen Tiefe des Empfindens, warmer Tongebung und einer Schlichtheit des Ausdrucks, die ergriff. Das Philharmonische Orchester zeigte sich besonders in der Rondo-Burleske auf der Höhe seiner virtuosen Meisterschaft. S. G.

Ein Riesen-Gezeiten-Kraftwerk. Die lange gehegten Pläne, die ungeheuren Kräfte auszunutzen, die Ebbe und Flut liefern, scheinen jetzt im Norden des amerikanischen Kontinentes ihrer Verwirklichung entgegenzusehen. Zwar hat man schon an verschiedenen Stellen der Meeresküste Versuchsbetriebe errichtet, die der Kraftgewinnung im kleinen Maßstab dienen, aber das Projekt, das man jetzt in Angriff genommen hat, soll riesige Mengen von Energie liefern. Man hat sich dazu allerdings auch die günstigste Stelle ausgesucht, nämlich jenen Ort der Meeresküste, der die höchste Flut hat: die Fundy-Bay an der Küste von Neufundland. Hier erreicht der Unterschied zwischen Ebbe und Flut zeitweise acht Meter. Dicht bei der Fundy-Bay und gerade an der Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada, liegt die Passamaquoddy-Bucht, die durch einige Inseln mit schmalen Sunden dazwischen von der Fundy-Bay getrennt ist. Dicht südlich von der Passamaquoddy-Bucht liegt eine andere kleine ähnliche Bucht, die Cobscook-Bucht, die durch schmale Sunde mit den anderen beiden Buchten in Verbindung steht. Man will nun durch Dämme die beiden Buchten untereinander und von der Fundy-Bay absperren und an dem Trennungsdeich zwischen den beiden Buchten große Turbinenwerke errichten. Durch Füllen und Entleeren der so abgesperrten Buchten bei Ebbe und Flut will man dann einen möglichst großen Niveauunterschied bewerkstelligen. Die Oberfläche beider Buchten beträgt nicht weniger als 375 Quadratkilometer. Bei einem Niveauunterschied von acht Metern bedeutet das eine Wassermenge von drei Kubikkilometern. Natürlich ist es nur möglich, zur Stromgewinnung einen Bruchteil dieser Wassermenge zu verwenden, aber man schätzt, daß doch zwischen 500 000 und 700 000 Pferdestärken bei Anlagekosten von etwa 300 Millionen Mark gewonnen werden können. Die Ausführung des Planes fordert Zusammenarbeit zwischen dem amerikanischen Staat Maine und der kanadischen Provinz New Brunswick, auf deren Gebiet der größte Teil der Passamaquoddy-Bucht liegt.

Erstaufführungen der Woche. Sonnt.: Staatsoper: „Die Afrikanerin". — Mont.: Kammerspiele: „Barable will nicht heiraten". Berliner-Th.: „Carmencita und der Soldat". — Dienst.: Deutsches-Th.: „Der Kreidekreis". — Donnerst.: Komödienhaus: „Kopf oder Adler". — Berliner-Th.: „Ange Pitou". — Sonnt.: Staatsoper: „Zigeunerbaron".

Urania Vorträge. Theater. Sonnab., Sonnt. (7): „Johann Strauß, der Walzerkönig". — Mont., Dienst. (5 u. 9), Mittw. (5 u. 7), Donnerst. (5 u. 9), Freit. (5): „Dorrit, die kleine Heldenseele". — Mont., Dienst., Donnerst., Freit. (7), Sonnab., Sonnt. (5): „Das Land der tausend Freuden". — Mittw. (9): „Henry Fords Riesenbetriebe im Film". — Freit., Sonnab., Sonnt. (9): Zille-Film „Die Verrufenen". — Hörsaal. Mont., Mittw., Donnerst., Freit. (7½). Sonnab. (9): „In den dunkelsten Urwäldern Amerikas", „Eisberge im Atlantischen Ozean", „Die Geheimnisse von Yucatan". — Sonnab. (5): „Anderlen". — Sonnt. (8): „Ernährung und Genuß". — Sonnt. 25., 11 Uhr: Eröffnung der Ausstellung „Ernährung und Genuß".

Die völkische Verleumdung.

Minister Hirtsiefer wehrt sich im Landtag.

Gleich zu Beginn der heutigen Sitzung kam es wieder zu stürmischen Auseinandersetzungen. Nachdem die Vorschläge des Beamtenausschusses über die Einleitung einer Kredithilfe für die Beamten zur Deckung des Winterbedarfs einstimmig angenommen worden waren, erklärte Wohlfahrtsminister **Hirtsiefer** zu der Behauptung des völkischen Abg. Gieseler, er sei nach einem Bericht der Polizei in Wien in Gesellschaft zweier Freudenmädchen betroffen worden: Hirtsiefer sei noch niemals in seinem Leben in Wien mit einem Polizisten oder mit der Polizeibehörde in Verbindung gekommen. Er sei bei seinem Besuch in Wien von seinen Freunden aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung vom Bahnhof abgeholt worden und sei bis zum nächsten Nachmittag stets mit ihnen zusammengewesen, bis sie ihn auch wieder zur Bahn gebracht hätten. Es kann sich also nur um einen

elenden Spitzelbericht oder um einen sonstigen Schurkenstreich

handeln, mit dem er ohne jede Veranlassung in derartiger Weise hier in den Dreck gezogen werde. Die Linke zollt lebhaften Beifall, bei den Völkischen entsteht großer Lärm, dem Abg. Gieseler wird vom Präsidenten das Wort zur Geschäftsordnung verweigert. Noch geraume Zeit herrscht im Hause große Unruhe; zwischen dem Zentrum und den Völkischen werden stürmische Auseinandersetzungen geführt.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der die Streichung der §§ 9 und 10 des Preußischen Pressegesetzes verlangt, worin für periodische Druckschriften die unentgeltliche Ablieferung eines Druckexemplares an die Polizeibehörden und der Aufnahmezwang für amtliche Bekanntmachungen festgelegt ist, wird ohne Aussprache dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Innenministeriums bei den Polizeiangelegenheiten. Abg. **Stieler** (Z.) tritt für Verbesserung der Lage der Schutzpolizeibeamten ein.

Die Angriffe der „Deutschen Zeitung" und des deutschnationalen Abg. Schlange-Schöningen auf die Schutzpolizei müßten aufs schärfste zurückgewiesen werden. Die preußische Schutzpolizei habe auch in den schwierigsten Lagen stets ihre Pflicht in vollem Maße erfüllt. Der Redner wendet sich dann gegen die Vergnügungsseuche, die trotz der ungeheuren Not und der Verarmung des deutschen Volkes ausgebrochen sei. Vielfach seien auch die sogenannten Kampfverbände Träger dieser Vergnügungssucht. Er wünschte eine schärfere Bekämpfung des Schmutzes, der heute auf manchen Bühnen gezeigt werde. Außerordentlich bedauerlich sei die Häufung der Selbstmorde, die sich besonders bei den jüngeren Beamten der Schutzpolizei zeige. Er verspricht sich erzieherische Wirkungen von dem Unterricht in den Polizeischulen. Wenn in Locarno jetzt so schöne Worte von Völkerversöhnung und Völkerfrieden geäußert worden seien, so müßten wir erwarten, daß auch die Verhältnisse im Innern so geordnet werden, daß wir die notwendigen Machtmittel für den Schutz des Staates behalten.

Abg. **Metzenthien** (D. Vp.) trägt Wünsche der Polizeibeamten in bezug auf ihre Besoldung vor. An die Spitze des Berliner Polizeipräsidiums mit seinen 26 000 Beamten gehöre ein durchgebildeter Verwaltungsbeamter, das sei aber ebenso wenig der gegenwärtige Polizeipräsident wie sein Vertreter. Abg. **Eberlein** (Komm.) behauptet, daß die Polizei ihre eigentliche Tätigkeit ungenügend wahrnehme, dagegen in der Hauptsache den Kampf gegen die Kommunisten führe. Er beschwert sich über das Verbot des Tragens von Stöcken bei Demonstrationen und wünscht zu erfahren, wie weit die Verfolgung der Fememörder gediehen sei. Zum Schluß erklärt er, daß die Kommunisten zwar das größte Mißtrauen gegen Severing hätten, sie würden aber

nicht für das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen stimmen,

weil es denen gar nicht ernst damit sei.

Minister **Severing** erklärt, daß ihn die Ankündigung, daß man sein Gehalt ablehnen würde, nicht abschrecke, auch künftig seine Pflicht zu tun. Wenn man ein Ministergehalt ablehnen wolle, dann müßte man erst dafür sorgen, daß die Verfassung geändert werde. Den Stockerlaß könne er nicht zurücknehmen, seine günstige Wirkung habe sich bereits gezeigt. Insbesondere sei er von den Landjägern begrüßt worden, deren Tätigkeit durch den Erlaß wesentlich erleichtert worden sei. In bezug auf die gewünschte Verlängerung der Polizeistunde erklärte Severing: Für die Berliner Saalbesitzer sollen einige Erleichterungen zugestanden werden. Unter den augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnissen könne er aber

nicht die Verantwortung für die Verlängerung der Polizeistunde

übernehmen. Man könne Berlin hierin auch keine Ausnahmestellung einräumen, da insbesondere die großen Provinzstädte sofort dasselbe verlangen würden. Er sei gewiß für größte Sparsamkeit, solange aber die politische und wirtschaftliche Konsolidierung der Verhältnisse nicht vollständig sei, solange sei eine Sparsamkeit bei der Polizei falsch. Sobald es die Verhältnisse zulassen, werde eine allmähliche Reduzierung vorgenommen werden.

Es sei sehr unvorsichtig von den Kommunisten, gerade in dieser Hinsicht Beschwerden vorzubringen, denn es sei ihm erzählt worden, daß Rußland eine sehr zahlreiche Polizei habe. (Heiterkeit.) Wenn Eberlein darauf hingewiesen habe, daß Suhl eine besonders starke Polizei habe, so könne demgegenüber mitgeteilt werden, daß die

Fememörder ihre Waffen zum Teil aus der Umgegend von Suhl geholt

haben. Severing erklärte schließlich, daß er für die Handlungen anderer Behörden nicht verantwortlich gemacht werden könne. Wenn Polizeiorgane gegen Künstler in falscher Weise vorgegangen seien, so sei das nicht auf sein Konto zu setzen. Auch er könne gegen die Staatsanwaltschaft nichts unternehmen. (Heiterkeit.)

Die Minderheitsvölker.

Eindrucksvoller Kongreß in Genf.

Genf, 17. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Kongreß der nationalen Minderheiten aller Länder behandelte am Freitag in zwei Sitzungen die Fragen des Selbstverwaltungsprinzips und die Aufgaben der internationalen Organisationen, insbesondere die des Völkerbundes. Die Diskussion war besonders zur ersten Frage sehr rege, wobei die beliebten Einwände, daß Minderheitenautonomie Staaten im Staate schaffe und daß Minderheiten nicht loyal seien, zurückgewiesen wurde. Andererseits wurde hervorgehoben, daß erst die Verständigung zwischen Völkermehrheiten und Minderheiten die Voraussetzung auch für eine etwaige friedliche Grenzregulierung schaffen könne. Der deutsche Vertreter Ulick aus Polnisch-Oberschlesien sprach mit Anerkennung über die Schlichtungsorgane des Völkerbundes. Der Präsident anerkannte im Namen des ganzen Kongresses die Pflicht der Minderheiten zur Staatsbürgerloyalität, wofür sie jedoch auch Vertrauen beanspruchten. Eine Resolution, in der gefordert wird, daß jede nationale Minderheit berechtigt sei, in eigenen öffentlich-rechtlichen Körperschaften ihr Volkstum zu pflegen und zu entwickeln, auf welchem Wege auch die friedlichen Beziehungen zwischen den europäischen Völkern am besten gefördert würden, wurde bei alleiniger Stimmenthaltung der dänischen Delegation aus Deutschland einstimmig angenommen. Die Resolution an den Völkerbund, welche am Sonnabend durch eine Delegation dem Völkerbundssekretariat überreicht wird, spricht den festen Willen der Minderheiten aus, die in den beiden ersten Resolutionen bezeichneten Ziele zu erreichen und erwartet vom Völkerbund eingehende Prüfung des Minderheitenproblems. In der Aussprache wurde namentlich verlangt, daß die Minderheiten selbst zur Behandlung von Minderheitenfragen herangezogen werden. (Traurig, daß man das erst verlangen muß! Red. d. „V.") Sodann wurde noch eine vierte Resolution angenommen, die allen internationalen Organisationen, welche sich mit Minderheitenfragen beschäftigen, Dank ausspricht und um weitere Mitwirkung bitte.

Kleingärtner und Stadtwahlen.

Vermehrte Freizeit verbringen die Arbeiter ja doch nur in der Kneipe — so etwa ließ sich Herr von Stumm einmal im Reichstage aus, als über Verkürzung der Arbeitszeit debattiert wurde. Von dem Gebieter von Saarbrücken war nicht zu erwarten, daß er sich in die Psyche des Arbeiters hätte einfühlen können. Das Volk, dessen Nöte, Wünsche und Hoffnungen, sind dem Herrscher von der Saar immer fremd geblieben. In Wirklichkeit trifft der Ausspruch eines Pfarrers, allerdings eines — amerikanischen Pfarrers das richtige, der da sagte: Jede Stunde der Arbeit abgerungen, ist eine Stunde der Menschheit gewonnen.

Erst mit der stetig zunehmenden Freizeit durch Verkürzung der Arbeitszeit, um die die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten unausgesetzt gekämpft hat, konnten die Arbeiter und Angestellten der Großstadt sich mit der Bearbeitung eines kleinen Stückchens Garten befassen. Die Kleingartenbesitzer sollten diese, für ihre ganzen Existenzbedingungen grundlegende Tatsache nie vergessen. Die Zahl derer, die die Kultivierung des Bodens zu einem freudigen Genuß gestalten, ist in Berlin immer größer geworden. Vor der Bildung der neuen Stadtgemeinde hatten wir in Berlin etwa 85 000 Kleingärtner, heute sind es rund 170000, die eine Fläche von über 6200 Hektar bebauen. Abgesehen von dem hohen kulturellen, ist auch der wirtschaftliche Wert nicht gering einzuschätzen. Man wird als sicher annehmen können, daß diese 170 000 Kleingärtner mit ihren Familien (also mehr denn eine halbe Million Menschen) als Konsumenten vom Gemüse- und Kartoffelmarkt ganz ausscheiden. Aehnlich dürfte es mit dem Bezug von Eiern liegen. Das Statistische Amt der Stadt Berlin hat die Zahl der im Gebiet der Gemeinde Berlin gehaltenen Hühner auf etwa 600 000 berechnet, ihre Produktion an Eiern auf 43 Millionen im Jahr. Daß ein ganz erheblicher Teil der Hühner auf dem Gelände der Laubenkolonien gehalten wird, unterliegt wohl keinem Zweifel.

Vor allem aber muß die Kleingartenbewegung wegen ihres sozial-kulturellen Wertes erhalten und gefördert werden. Nicht schwer, nachzuweisen, welche Partei dies tut. Nach dem Zusammenbruch befaßte sich der Rat der Volksbeauftragten mit der Weiterbildung der Kleingartenschutzbestimmungen, bis dann am 19. Juli 1919 die Nationalversammlung unter hervorragender Beteiligung der Sozialdemokratie die Kleingarten- und Kleinlandpachtordnung verabschiedete. Neben anderen bringt das Gesetz das Verbot der gewerbsmäßigen Generalpachtungen und die Zwangspacht bei Mangel an geeignetem Gelände. Die Pachtpreise für Gartengelände im Bereiche der Stadt Berlin sind auf Anregung der Sozialdemokratie erheblich herabgesetzt worden. Im Rathause hat die Sozialdemokratie wiederholt das Ersuchen an den Magistrat gerichtet, daß durch Ortssatzungen die Schaffung von Dauergärten ermöglicht wird. Während alle anderen Fraktionen sich zu dieser Angelegenheit ausschwiegen, blieb es Herrn Dr. Caspary von der Volkspartei vorbehalten, in dieser Forderung eine „Schädigung der Grundbesitzer" zu erblicken. Endlich ist es den Bemühungen der sozialdemokratischen Fraktion noch in der letzten Sitzung der Stadtverordneten vor den Wahlen gelungen, diesen Antrag gegen den Willen der Rechten zur Annahme zu bringen.

Sache der Kleingärtner muß es sein, **die Wahl von Vertretern der Bodenspekulanten und Brotwucherer am 25. Oktober zu verhindern,** indem sie selbst und alle Interessenten an der Kleingärtnerei ihre **Stimmen der sozialdemokratischen Liste** geben.

Sozialdemokraten erreichen bessere Krankenversorgung!

In der Sitzung des Unterausschusses der Gesundheitsdeputation, die über die Abhilfe der Bettennot in den Krankenhäusern zu beraten hatte, stellten die Genossen Dr. Wygodzinski und Dr. Weyl folgenden einstimmig angenommenen Antrag:

1. Es sind mehr Betten in Leichtkrankenhäusern zur Verfügung zu stellen für chronisch oder subakut Erkrankte, die der kostspieligen Krankenhausapparatur nicht bedürfen. (350 Betten in Zehlendorf.)
2. Die soziale Krankenhausfürsorge ist auszubauen und durch Bereitstellung größerer Mittel instandzusetzen, für entlassungsfähige Kranke Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen.
3. Durch städtische Schwesternstationen ist die häusliche Behandlung von Kranken zu ermöglichen, die ohne Schädigung im Hause behandelt werden können.

Die hohen Straßenbahnstufen.

Wir erhalten folgende Zuschrift, die sich an die Direktion der Straßenbahn richtet: Meine Wohnung liegt in der Nähe des Bayrischen Platzes; mein Tätigkeitsfeld am Spittelmarkt und am Anhalter Bahnhof. Ich benutze die Linie 69 oder 51 der Straßenbahn. Es sind neue Wagen, sie sehen schmuck und sauber aus, die Anordnung der Sitzplätze ist bequem, die Beleuchtung hell und praktisch angebracht, so daß man die Zeitung gut studieren kann. Nur einen Uebelstand weisen diese neuen Wagen auf: Die beiden Stufen, die man ersteigen muß, um auf die Plattform zu gelangen, sind derartig hoch, daß es geradezu ein turnerisches Kunststück ist, sie zu erklimmen. Der Schaffner tut sein Möglichstes, dem Passagier die Kletterpartie zu erleichtern. Mit kräftigem Griff hat er den Arm erfaßt und hebt dich auf die Plattform; die Fahrzeit muß innegehalten werden. Auf der ganzen Strecke fühlst du noch den starken Druck des menschenfreundlichen Schaffners. Wenn alle Mitfahrenden 16 Jahr alt wären, da würde so ein Hopps auf die Elektrische Spaß machen, aber es sind nicht alle Fahrgäste so jung, bei vielen steht die Eins hinter der sechs. Es gibt aber auch umfangreichere Persönlichkeiten, die die Elektrische auch benutzen müssen. Für solche ist es fast unmöglich, sich auf die hohen Stufen zu schwingen. Es bleibt auch nicht immer Sommer, wie soll es erst im Winter werden, wenn das Wetter regnerisch ist oder wenn es friert, da gibt es unfreiwillige Purzelbäume. Das Innere des Wagens schmücken mit hübschen weißen Buchstaben acht beherzigenswerte Sprüche, die auf die Benutzung der Bahn Bezug nehmen. Darunter heißt es: Hilf den Alten und Gebrechlichen! Nimm Rücksicht auf die Andern! Wenn die Straßenbahn so weise Lehren gibt, so sollte sie mit gutem Beispiel vorangehen und nicht neue Wagen mit so hohen Stufen bauen, die eine Gefahr für das Publikum und eine Rücksichtslosigkeit gegen die Fahrgäste sind. Bei der Höhe der neuen Wagen wären drei Stufen bis zur Plattform nötig, damit nicht durch die Schuld der Direktion die Unfälle vermehrt werden.

Großfeuer in Adlershof.

Am Freitag früh gegen 3 Uhr brach in Adlershof, Adlergestell 1a, auf dem Holzplatz der Firma Weigel u. Co. ein größeres Schadenfeuer aus. 8 Feuerwehren aus den umliegenden Ortschaften und ein Löschzug aus Berlin waren auf den Ruf Großfeuer an die Brandstelle geeilt. Das Bureaugebäude, ein Holzschuppen und größere Holzstapel brannten bei Erscheinen der Wehren bereits lichterloh. Die Wehren mußten sich darauf beschränken, ein Weitergreifen des Feuers zu verhindern. Der Schuppen brannte vollständig nieder.

Zwei Arbeiter bei einem Gerüsteinsturz schwer verletzt.

Die Zahl der in letzter Zeit vorgekommenen Bauunfälle haben sich um einen folgenschweren Fall vermehrt. Bei der Likörfirma Kahlbaum am Spandauer Bock ist eine größere Eisenhalle in Bau. Zu diesem Zwecke müssen sogenannte Binder errichtet werden, die eine Eisenkonstruktion für sich bilden. Einer dieser 8 Meter hohen Binder stürzte aus bisher noch ungeklärter Ursache um und begrub zwei Arbeiter unter sich. Der Arbeiter Rudolf Schulz aus der Ofener Str. 14, erlitt schwere Kopfverletzungen, innere Verletzungen und einen Unterschenkelbruch, der Arbeiter Erich Kistler aus der Pankstr. 57 erhielt schwere innere Verletzungen. Das Städtische Rettungsamt sorgte für die sofortige Ueberführung der Verunglückten nach dem Westender Krankenhaus, wo sie bedenklich darniederliegen. Die sofort eingeleitete baupolizeiliche Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Gegen den Schuldrosselungsentwurf.

Die Berliner Lehrer protestieren.

Der Berliner Lehrerverein hatte für Freitag abend eine große Kundgebung in dem großen Festsaal des Lehrervereinshauses am Alexanderplatz gegen den von der Regierung vorgelegten Entwurf des Reichsschulgesetzes einberufen. Der bekannte liberale Pädagoge Johannes Tews übte eine geradezu vernichtende Kritik an diesem Entwurf, durch den, wie er ausführte, der alte unerträgliche Zustand auf dem Schulgebiet gesetzlich verankert werden soll. Das rein Bekenntnis- und Glaubensmäßige überwiegt in einem erschütternd intoleranten Maße das geistige Moment. Schon deshalb, weil das geistige Leben zum größten Teil außerhalb der Kirche anzutreffen ist, ist es völlig unverständlich, wieso ausgerechnet die Kirche als die einzige Trägerin der Erziehung in diesem bekämpfenswerten Schulgesetzentwurf bezeichnet werden kann. Wenn dieser Entwurf Gesetz würde, so bedeute das einen Abbau des Staates und die Folgen wären ganz unübersehbar. Es gelte in scharfem Kampf gegen diesen unmöglichen Entwurf eine Einheitsfront der gesamten Lehrerschaft auf dem Boden der Gemeinschaftsschule zu finden. Nach lebhafter Diskussion nahm die Versammlung eine Entschließung an, in der es u. a. heißt:

„Der Berliner Lehrerverein lehnt den bekannten Entwurf des Reichsschulgesetzes aufs entschiedenste ab. Dieser Entwurf zwingt der Volksschule für das normale Kind ein minderes Recht auf, nämlich die rein bekenntnismäßige Prägung ihrer gesamten Unterrichts- und Erziehungsarbeit. Der Entwurf entrechtet den Lehrer, er nimmt ihm seine Gewissensfreiheit und macht ihn zu einem willenlosen Werkzeug der Kirche und der Weltanschauungen. Der Entwurf steht im schärfsten Gegensatz zu Geist und Wortlaut der geltenden Reichsverfassung und würde, Gesetz geworden, das Ende der Staatsschule bedeuten und eine Quelle fortdauernder folgenschwerster Kämpfe zwischen Staat und Kirche werden. Die nach ihm eingerichtete Schule würde zur Pflege des Staatsgedankens und Staatsbewußtseins ungeeignet sein."

Eine Kundgebung der freigeistigen Verbände.

Die Arbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände hatte ebenfalls für Donnerstag abend eine Versammlung nach Haverlands Festsälen einberufen, in der Stadtrat Genosse Dr. Loewenstein das Thema: „Der Kampf um die freie Volksschule!" sprach. Der Redner ging auf die Unmöglichkeit des neuen Reichsschulgesetzentwurfes ein, der aus einer geradezu mittelalterlichen Geisteseinstellung heraus geboren sei. Die gefährliche Rührigkeit der Kulturreaktion wolle die Schule völlig unter den zerstörenden Einfluß des Rückschritts und der geistigen Enge bringen. Darüber hinaus soll das Reichsschulgesetz ein Instrument der gesellschaftlichen und sozialen Unterdrückung sein. Es würde die nationalistische Idealschule werden, in der man die alte „fromme" Untertanengesinnung wiederum aufs schönste züchten könne. Dieser heimlich vorbereitete Gesetzentwurf, der aus Angst vor der Oeffentlichkeit sozusagen als Konterbande eingeschmuggelt wurde, bedeutet die Abdrosselung aller humanen und universell-geistig eingestellten Pädagogik. Nach der Welle der Empörung, die dieser groteske Entwurf in den breitesten Massen hervorgerufen hat, ist so nun wohl erledigt. Aber in wenigen Wochen wird ein neuer Entwurf kommen, der in geschickter Form denselben reaktionären Geist atmen wird. Auf diesen Kampf gilt es sich mit aller Energie vorzubereiten. Genosse Dr. Loewenstein betonte dann noch, daß die Schulgesetzpläne dieser Regierung zur vollkommenen geistigen und wirtschaftlichen Versklavung des ganzen Volkes führen würden. Sie bedeuteten die Konfessionalisierung der Schule fast bis in den Turnunterricht. Die Bekenntnisschulen würden nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes völlig unter dem Kommando der machtlüsternen Kirche stehen. Der Redner betonte zum Schluß, daß alle entschieden freiheitlich Gesinnten die weltliche Schule in strikter Gegnerschaft zur Bekenntnisschule mit aller Energie fördern müssen. (Stürmischer Beifall.) Im Anschluß hieran fand eine kurze Diskussion statt, auf deren Resultate Genosse Loewenstein in seinem Schlußwort einging.

Ein Kriegsinvalide schwer verunglückt. Der 50 Jahre alte Kriegsinvalide Heinrich L. aus der Büsingstr. 4, der im Kriege ein Bein verlor, geriet am Freitag vormittag am Hochbahnhof Oranienstraße unter einen Straßenbahnwagen und erlitt schwere Verletzungen. Ein Wagen des Städtischen Rettungsamtes sorgte für die sofortige Ueberführung nach dem Urban.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vormittag 11 Uhr, Pappelallee 15, Vortrag des Herrn Dr. K. Sturm: Soziale Verhältnisse und Christentum in England. Harmonium: Engel-Terzett (Mendelssohn). Gäste willkommen.

Schweres Eisenbahnunglück in Italien. Letzte Nacht stieß in der Station Brossana-Bottarone ein von Mailand kommender Personenzug mit einem Güterzug in der Nähe von Pavia zusammen. Bis jetzt sind 15 Tote und zahlreiche Schwerverletzte geborgen.

Jugendveranstaltungen.

Abteilung Neukölln 1. Morgen, Sonntag, den 18. Oktober, Fahrt nach Bernau. Treffpunkt ½7 Uhr morgens Bahnhof Neukölln.

Theater der Woche.

Vom 18. bis 26. Oktober 1925.

Volksbühne: 18., 19., 22., 23., 26. Der Kaufmann von Venedig. 20. Fiesko. 21., 24. Hamlet. 25. Wer weint um Juckenack. — **Opernhaus:** 18., 26. Die Afrikanerin. 19. Fidelio. 20. Hoffmanns Erzählungen. 21. [illegible] 22. Mona Lisa. 23. Der fliegende Holländer. 24. „Tosca." 25. (Auß. Abonnem.) zum ersten Male: Der Zigeunerbaron. — **Schauspielhaus:** 18. Candida. 19., 20., 21., 23., 24., 25., 26. Hannibal. 22. Peer Gynt. — **Oper am Königsplatz:** 18. Barbier von Sevilla. 19., 23. Mignon. 20. Rigoletto. 21. La Traviata. 22. Zar und Zimmermann. 24. Così fan tutte. 25. Fledermaus. 26. Tiefland. — **Schiller-Theater:** Weihnachtseinkäufe; hierauf Liebelei. — **Deutsches Theater:** 19. Man kann nie wissen. Ab 20. Der Kreidekreis. — **Kammerspiele:** Ab 19. [illegible] will nicht heiraten. — **Die Komödie:** Gesellschaft. — **Lessing-Theater:** Gier unter Ulmen. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** 18., 20., 21., 22., 24., 25., 26. Don Juan und Faust. 19., 23. Wie es euch gefällt. — **Städtische Oper, Charlottenburg:** 18. Die Meistersinger von Nürnberg. 19. Don Pasquale. 20. Aida. 21., 25. Tannhäuser. 22. Carmen. 23. Der Troubadour. 24. Tiefland. 26. [illegible] — **Großes Schauspielhaus:** Für dich. — **Theater des Westens:** Der Orlow. — **Renaissance-Theater:** Scheiterhaufen. — **Die Tribüne:** Zurück zu Methusalem. — **Deutsches Künstler-Theater:** Die [illegible]. — **Komödienhaus:** 18., 19., 20., 21. [illegible]. Ab 22. Kopf oder Adler. — **Berliner Theater:** 18., 20., 23. [illegible]. 19., 21., 24. [illegible] — **[illegible]-Theater:** [illegible]. — **[illegible]-Theater:** [illegible]. — **Zentral-Theater:** [illegible]. — **Theater in der Kommandantenstraße:** Anneliese von Dessau. — **Komische Oper:** [illegible] — **Lustspielhaus:** [illegible]. — **Metropol-Theater:** Mamsell Angot. — **Theater am Schiffbauerdamm:** [illegible]. — **Thalia-Theater:** Annemarie. — **Theater am Nollendorfplatz:** Die hellblauen Schwestern. — **Theater am Kurfürstendamm:** Wenn ich wollte ... — **Kleines Theater:** [illegible]. — **Wallner-Theater:** [illegible]. — **Theater in der Klosterstraße:** Frau Warrens Gewerbe. — **Rose-Theater:** [illegible]. — **Kaiser-Theater:** Die Frau im gefährlichen Alter. — **Theater in der [illegible]straße:** Die [illegible]. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** [illegible]. — **Theater im Admiralspalast:** [illegible]. — **Apollo-Theater:** Der Mann, der sich verkaufte. — **Wintergarten und Scala:** Internationales Varieté.

Nachmittagsvorstellungen: **Volksbühne:** 18., 25. [illegible]. — **Oper am Königsplatz:** 18., 25. [illegible]. — **Schiller-Theater:** 18. [illegible]. — **Lessing-Theater:** 18., 25. [illegible]. — **Großes Schauspielhaus:** 18., 25. Für dich. — **Zentral-Theater:** 18. [illegible]. 25. [illegible]. — **Theater in der Kommandantenstraße:** 18., 25. Anneliese von Dessau. — **Metropol-Theater:** 18., 25. Ihre Hoheit die Tänzerin. — **Thalia-Theater:** 18., 25. Im weißen Rößl. — **Theater am Nollendorfplatz:** Der letzte [illegible]. — **Rose-Theater:** 24. [illegible]. 25. [illegible]. — **Theater in der [illegible]straße:** 18., 25. Rotkäppchen und der Wolf. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** [illegible].

Gewerkschaftsbewegung

Die Je-nach-dem-Politik des Magistrats.

Am 8. Oktober wurde der Schiedsspruch gefällt, der den Kämmereiarbeitern drei Pfennig Lohnerhöhung zugestand. Diesen Schiedsspruch lehnte der Magistrat ab.

Am 15. Oktober fällte der Schlichtungsausschuß eines Schiedsspruch, der besagt, daß von einer Lohnerhöhung für die Gas- und Wasserwerksarbeiter abgesehen werden und die bisherigen Löhne bis 1. November gelten sollen.

Damit ist die Frage der Lohnerhöhung lediglich um 14 Tage aufgeschoben. Selbst dann, wenn die Gas- und Wasserwerksarbeiter sich mit diesem wenig salomonischen Schiedsspruche abfinden wollten, müßten sofort erneute Verhandlungen darüber gepflogen werden, was nun nach dem 1. November werden soll; ob auch dann noch von einer Lohnerhöhung abgesehen werden „muß" oder aber ab 1. November eine Lohnzulage erfolgen soll. Ein wirklicher Schlichtungsausschuß hätte hier zu vermitteln versucht, eine Regelung bis zum 1. November getroffen und darüber hinaus eine besondere Regelung für die Zeit nach dem 1. November.

Die Verschiebung des Lohnstreites und die Verzögerung seiner Beilegung kann nur deshalb erfolgt sein, weil man Konjunkturpolitik trieb, den Ausfall der Stadtverordnetenwahl am 25. Oktober abwarten wollte. Schon die lächerliche Berufung auf die Verhandlungen in Locarno, die ja schon nach einem Tage völlig gegenstandslos geworden ist, zeigt die Verlegenheit auf, diese Stellungnahme notdürftig zu maskieren.

Nehmen wir aber einmal diesen zweiten Schiedsspruch als durchaus objektiv und betrachten das Verhalten des Magistrats in beiden Fällen. Vom reinen Arbeitgeberstandpunkt aus ist die Ablehnung des ersten und die Zustimmung zu dem zweiten Schiedsspruch durch den Magistrat ohne weiteres erklärlich. Weniger Verständnis bekundet jedoch der Magistrat für das umgekehrte Verhalten der beteiligten Arbeitnehmer, das von ihrem Standpunkte aus mindestens ebenso folgerichtig ist.

Der Magistrat aber beklagt sich über das Verhalten der Arbeitnehmer. Das Schiedsverfahren sei illusorisch, wenn das Schiedsgericht nur dazu da sein soll, Lohnerhöhungen zu bewilligen. Der Magistrat wird nicht behaupten wollen, daß es die Aufgabe des Schlichtungsausschusses sein soll, Lohnerhöhungen abzulehnen.

Nach der Ablehnung des grundsätzlich wohlbegründeten Schiedsspruches für die Kämmereiarbeiter scheint dies allerdings die Auffassung des Arbeitgebermagistrats zu sein.

Aufgabe des Schlichtungsausschusses ist in erster Linie, zu vermitteln, und, wenn eine Beilegung der Differenzen durch gegenseitige Verständigung nicht möglich ist, eine Entscheidung herbeizuführen, eine Entscheidung, die den obwaltenden Verhältnissen gerecht wird.

Der ZdA. und die Gemeindewahl.

In der gut besuchten Funktionärversammlung, die vom ZdA. zum Freitag abend nach den „Arminhallen" einberufen war, hielt Genosse Nörpel einen Vortrag über das Arbeitsgerichtsgesetz, der beifällig aufgenommen wurde. Hierauf sprach Flatau vom AfA-Ortskartell über das Thema „Angestellte und Kommunalpolitik". Einleitend gedachte er der Verdienste, die sich vor dem Kriege die Genossen Paul Singer und Hugo Heimann erworben haben, um trotz des Hausbesitzerprivilegs den Arbeitnehmervertretern Eingang in die Stadtverordnetenversammlung zu verschaffen. Die Angestellten haben an dem Ausgang der Stadtverordnetenwahlen mindestens das gleiche Interesse wie an den Land- und Reichstagswahlen. Sie verspüren die Auswirkung der kommunalen Politik noch mehr als die der großen Politik. Der Redner verweist auf die zähe Arbeit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion in allen entscheidenden Fragen, als da sind Kommunalsteuern, Verkehrswesen, Schulpolitik, Werkspolitik und dergleichen mehr. Wenn es nicht immer gelungen ist, alle diese Fragen im Sinne der werkenden Bevölkerung zu lösen, so lag es an den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen und an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien. Nicht vergessen werden darf die Rolle, die die Kommunisten in den meisten entscheidenden Fragen gespielt haben. Die ZdA.-Mitglieder werden aber im letzten Jahre erkannt haben, daß die sozialdemokratische Politik eine fruchtbringende ist. Dafür, daß auch die Interessen der Angestellten im Stadtparlament wahrgenommen werden, bürgt die ansehnliche Zahl von ZdA.-Funktionären und Mitgliedern, die auf den Vorschlagslisten stehen. Von über 900 Vorschlägen entfallen allein 126 auf Mitglieder des ZdA. Am 25. Oktober muß jeder Angestellte seine Stimme der Sozialdemokratie geben.

In der Diskussion versuchte ein Kommunist mit allen möglichen, aus der „Roten Fahne" geschöpften Weisheiten, Stimmung für seine Partei zu machen, fand jedoch in der Versammlung keinen Anklang.

„Niedrige Arbeitslöhne" — als Propagandamittel.

Die Braunschweiger Maschinenfabrik Grimme, Natalis u. Co. fabriziert Wickelgamaschen für die Zigarettenindustrie und versendet zur Propaganda Empfehlungsschreiben, in denen die Maschinen angepriesen werden, wobei auch auf die Arbeitslöhne Bezug genommen wird. Es heißt da unter anderem:

„Obenstehende Berechnung ist aufgestellt auf Grund der in Deutschland herrschenden Lohn- und Produktionsverhältnisse. Infolge der augenblicklich niedrigen Arbeitslöhne und des Umstandes . . . .

Die Braunschweiger Firma gibt also hier, wo es gilt, ihre Waren an den Mann zu bringen, unumwunden zu, daß die Arbeitslöhne in Deutschland zu niedrig sind. An dieses Zugeständnis muß erinnert werden, wenn wieder im kapitalistischen Lager das Lied von den zu hohen Löhnen angestimmt wird.

Konflikt in der rheinischen Textilindustrie.

Köln, 17. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Kölner Textilindustrie droht eine Generalaussperrung. Im Einverständnis mit den Gewerkschaften sind in einzelnen Betrieben die Arbeiter in den Streik getreten, weil die Unternehmer eine Zusage über eine Neuregelung der Lohnverhältnisse nicht gehalten haben. Daraufhin wurde dem Deutschen Textilarbeiterverband von der Unternehmerorganisation folgender Brief zugestellt: „Wie unsere Mitglieder uns mitteilen, wird bei unserer Mitgliedsfirma Peters u. Co. seit Freitag gestreikt. Bei den Firmen Chr. Andrae und Trommel, Weiß u. Co. sind auf Anweisungen der Gewerkschaften Massenkündigungen erfolgt. Wenn Sie etwa mit diesen Maßnahmen beabsichtigen, durch Bestreikung einzelner Firmen den Gesamtverband gefügig zu machen oder zu sprengen, so bin ich beauftragt, Ihnen auf Grund einstimmigen Beschlusses der Mitgliederversammlung mitzuteilen, daß auch unsere Mitglieder zu einer Aktion, jedoch zu einer solchen, die sich auf alle Firmen ausdehnen wird, überzugehen entschlossen sind, falls wir nicht bis Freitag, den 16. dieses Monats, mittags 12 Uhr, im Besitz eines befriedigenden Bescheides Ihrerseits gelangt sind." Der Brief der Unternehmerorganisation hat auf die Gewerkschaften nicht den geringsten Eindruck gemacht.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Ebert; Feuilleton: K. H. Pächter; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
— Fernsprecher: Norden 1198 —
Filiale Westend, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 — Tel. Platzburg 9831
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Berliner Töpferhütte
G. m. b. H.
angeschlossen dem Verband sozialer Baubetriebe
Berlin SO. 26, Waldemarstr. 14
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 9314
Ausführung sämtlicher Töpferarbeiten. Neue Oefen und Reparaturen in guter und preiswerter Ausführung. — Kostenlose heiztechnische Beratung.

Metallbetten
Stahlmatratz., Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 650 frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Beleuchtungskörper-Zentrale
Elektribensing
Inh. Gustav Bensing
Charlottenburg, Berliner Str. 86-87
Nähe Wilhelmplatz
Auf Kredit ohne Aufschl.
Wochenrate 2 M. an
Auf Bar- u. Anzahlung 10 % Rabatt.
Zug-Krone, Kammzug 50 cm Seidenschirm M. 45.– an
Alle Arten in allen Preislagen. Speisezimmerkronen, Herrenzimmerkronen, Ampeln, Deckenbeleuchtungen, Nachttisch- u. Stehlampen usw. in großer Auswahl bis zum vornehmsten Genre am Lager.
Elektr. Siemens-Bügeleisen bis 3 Kilo 2 Jahre Garantie 7.50 netto
Staubsauger Vampyr M. 98.– netto auch teilweise.

Wohlfeile Woche

Rips-Kleider 9.75
oder Twill, mod. Formen . . 12.75

Schotten-Kleider 12.75
reine Wolle, fesche Formen

Tanz-Kleider 19.75
reine Seide u. Eolienne 29.75

Glocken-Mantel
(wie Abbildung 1)
jugendl. Form
Velour - Moliné, Krag. m. Biberettebesatz 19.75

Glocken-Mantel
(wie Abbildung 2)
Travers - Moliné mit Biberettekragen 29.75

Kleiderstoffe
Mantelflausch 130 cm breit, reine Wolle, Meter 6.75 3.95
Gabardine reine Wolle, 130 cm breit, . . . Meter 6.75 4.75
Popeline reine Wolle, doppelbreit, modernste Farben, Meter 3.95 2.65
Papillon-Schotten neueste Stellungen, Meter 3.95 2.60

Seidenstoffe
Damassé-Halbseide vorzügl. Qualität Meter 4.95 3.95
Hut-Samt schwarz oder farbig . . . . . Meter 2.95
Kleider-Paillette reine Seide, doppelbreit . . . Meter 4.95
Köper-Velvet 70 cm breit, Lindener Ware . . Meter 7.50

Baumwollwaren
Köper-Barchent voll gebleicht . . . . . Meter 95 Pf.
Linon gute Cretonne-Ware Kissenbreite Mtr. 1.25 95 Pf.
Deckbettbreite . . . . Mtr. 1.95 1.65
Haustuch für Bettlaken, 160 cm breit Mtr. 1.95
Barchent-Bettlaken volle Größe . . . . . Stück 3.45

Gardinen
Künstler-Garnitur gewebt. Tüll, Stellig . . . 4.75 3.45
Gobel.-Diwandeck. Verdunemuster 23.50 18.75
Plüsch-Fries 130 cm br., für Fenster- und Tür-Vorhänge . . . . Mtr. 4.90
Kokos-Läufer doppelseitig, vorzügl. Qualität . . Mtr. 2.95

Riesen-Posten Damen-Wäsche
zumeist hochwertig, leicht angestaubt, zum Selbst-Ansuchen
Taghemden od. Beinkleid. 1.75 1.25
Unterröcke reich garniert 1.45 85 Pf.
Prinzeß-Röcke, Nachthemd., Hemdhosen 4.85, 3.95 2.95

Riesen-Posten Trikotagen
Korsettschoner felsfädig . . . 48 Pf.
Korsettschoner echt Make 1.65
Damen-Hemden 90 od. 100 cm lg. 1.85 95 Pf.
Hemdhosen felsfädige Ware . . 2.95
Herren-Normal-Hemden od. Bos. 2.45 1.95
Damen-Schlüpfer angeraubt . . 2.45 1.95

In der Putz-Abteilung (Nur Turmstraße)
Strümpfe Trumseide, alle Modefarben . . . . . Paar 3.95
Kaschmir-Strümpfe Doppelsohle, Hochferse . Paar 2.45
Kunstseidene oder Florstrümpfe . . . . . Paar 1.95 1.45
Jugendlicher Hut m. breit. Ripsband-Garnitur 4.90
Frauenhut Seehundfell mit seidlicher Bandgarnitur 4.90
Mittelgroßer Hut m. sechseitig. Kopf, Seidenbandgarnitur 6.90
Samthüte Glocken- u. Aufschlagform m. hübsch. Bandgarn. 3.90
Frauenhut Zylinderplüsch mit Bandgarnitur 5.90
Filzhüte kleine u. große Form, viele Farben 3.95, 2.95 2.25
Handschuhe für Damen, mit Halbfutter . . . Paar 1.45 95 Pf.
Handschuhe für Damen, Glacéleder . . . . . Paar 3.95
Handschuhe für Herren, Trikot . . . . . Paar 1.45 95 Pf.

LINDEMANN & Co. AKT. GES.
Berlin-Schöneberg Hauptstr. 149 · Berlin-Nordosten Landsberger Allee 29 · Berlin-Moabit Turmstr. Ecke Ottostr.